

Forschung
26. Oktober 2022 um 18:33

Wie sollen Regierungen mit Krisen umgehen?

Dieser Frage gehen Forschende der Uni Freiburg nach. Sie vergleichen, wie verschiedene Länder auf die Corona-Pandemie reagiert haben.



Massnahmen-Gegner und Corona-Skeptiker haben während der Pandemie in der ganzen Schweiz demonstriert, wie hier am 6. November 2021 in der Freiburger Innenstadt. © KEYSTONE

Dürfen Regierungen Ausgangssperren verhängen, Impfpflichten durchsetzen und Versammlungen verbieten? Diese Fragen flammten während der Corona-Pandemie auf und spalteten die Gesellschaft. Wie Regierungen solche schwierigen Situationen künftig besser handhaben können, soll nun erforscht werden: Die Universität Freiburg koordiniert dazu das Projekt "Legitimult".

Forschende aus der Schweiz und zehn anderen Ländern nehmen dazu 27 europäische Staaten unter die Lupe. "Wir werden untersuchen, wie die Massnahmen zur Bewältigung der Covid-

Pandemie die Demokratie beeinflusst haben", sagt Edina Szöcsik. Sie ist Mitarbeitende und Lehrbeauftragte am Institut für Föderalismus der Uni Freiburg.

Innert der nächsten drei Jahre will die Studie herausfinden, welche Rahmenbedingungen nötig sind, damit Regierungen legitime Entscheidungen treffen können. Sie will zudem ergründen, was es braucht, damit diese Entscheidungen auch als legitim wahrgenommen werden von der Bevölkerung. Für diese aufwändige Aufgabe stehen den Forschenden fast 3,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Am Schluss sollen alle Erkenntnisse in einem Modell für legitime Krisenbewältigung gebündelt werden. "Das Modell sollte dann auch bei zukünftigen Krisen, wie etwa der Energiekrise, angewendet werden können", sagt Edina Szöcsik weiter.

RadioFr. - Corina Zurkinden / iwi